

Jürgen Koch – Vorsitzender der Fraktion DAK-VRV

„Der heutige Bericht des Vorstandes schildert in aller Deutlichkeit die aktuelle Situation der GKV und die der DAK-Gesundheit und zeigt auf, auf was wir uns im nächsten Jahr einzustellen haben.

Herzlichen Dank an die Mitglieder des Vorstandes für diese Einordnung. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates wird der Vorstand eine Prognose über die finanzielle Entwicklung des nächsten Jahres vorlegen und eine Empfehlung zur Höhe des von der DAK Gesundheit im nächsten Jahr zu erhebenden Zusatzbeitrags aussprechen. Waren in den vergangenen Jahren solche Prognosen mit großer Unsicherheit behaftet, so trifft dies für das Jahr 2026 im ganz besonderen Maße zu. Der GKV-Schätzerkreis, bestehend aus Vertretern des BMG, BAS und des GKV-SV, konnte sich im Oktober 2025 auf keine einvernehmliche Prognose über die Höhe der Ausgaben und damit des Finanzbedarfs der GKV im Jahr 2026 verständigen. Auf Basis der Ergebnisse des Schätzerkreises hat das BMG den durchschnittlichen Zusatzbeitrag für 2026 am unteren Ende der Skala fest-gelegt. Dieser steigt um 0,4 %-Punkte auf 2,9 % im Jahr 2026.

Mit seiner Entscheidung hat sich das BMG über die warnenden Hin-weise des GKV-Spitzenverbandes hinweggesetzt, dessen Vertreter eher von einem zusätzlichen Finanzbedarf im Jahr 2026 entsprechend eines durch-schnittlichen Zusatzbeitragssatzes von 3,0 - 3,1 % ausgehen. Offensichtlich hegt das BMG die Hoffnung, die von der Bundesregierung vorgesehenen Sparmaßnahmen mögen im Jahr 2026 greifen. Glaubt man den Versprechungen von Kanzler und Gesundheitsministerin, dann sind weitere Beitragssteigerungen, zumindest was das Jahr 2026 betrifft, nicht zu erwarten. Lt. Gesundheitsministerin hat die Bundesregierung mit dem sogenannten kleinen Sparpaket ihren Beitrag geleistet, um die Finanzlücken der Krankenkassen zu schließen; die weitere Verantwortung über stabile Beiträge tragen nach Ansicht der Gesundheitsministerin nunmehr die Krankenkassen.

Wie in diesem Zusammenhang die Aussage des Bundeskanzlers einzuordnen ist, das im Jahr 2026 weitere Schritte zur Reform der GKV zu besprechen seien und danach die Belastungen für die Krankenversicherungen noch einmal deutlich höher werden, liegt völlig im Dunkeln. Mit der Festlegung auf einen durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz von 2,9 % verschleiert die Gesundheitsministerin den tatsächlichen Finanzbedarf der GKV; mit ihrem Verweis auf die Krankenkassen, die, wenn sie mit den zugewiesenen Mitteln nicht auskommen, eben die Beiträge erhöhen müssten, wird sie in den Augen der Fraktion DAK-VRV ihrer politischen Verantwortung gegenüber den Versicherten der GKV nicht gerecht.

Experten, die sich in den vergangenen Tagen wiederholt zu Wort gemeldet haben, bestätigen eher die Prognosen der Krankenkassen. Danach reicht die Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags auf 2,9 % und das von der Gesundheitsministerin Warken auf den Weg gebrachte „kleine Sparpaket“ über rd. 2 Mrd. €, für das am 19.12.2025 die Zustimmung des Bundestags und Bundesrats erwartet wird, allenfalls aus, um Kostensteigerungen des nächsten Jahres aufzufangen. Nicht berücksichtigt sind die Verpflichtungen der Kassen, die, so die deutlichen Worte von Franz Knips in seinem Interview mit der NZA v. 13.12.2025, von der Politik in mehreren Wellen geplünderten Rücklagen wieder auf das gesetzlich vorgesehene Mindestniveau aufzufüllen.

Vor diesem Hintergrund kann man nicht genug die Bedeutung der zwischenzeitlich von den Krankenkassen einreichten Klagen gegen die unzureichende Finanzierung der Versicherung von Bürgergeldempfängern betonen. Dieser Betrag von mehr als 10 Mrd. Euro pro Jahr, dessen Übernahme die Politik wegen der angespannten Haushaltslage beharrlich verweigert und diese damit den Versicherten der GKV aufbürdet, würde die Situation der GKV deutlich entspannen. Nach Einschätzung der Fraktion DAK-VRV müssen die Versicherten der GKV entgegen den Versprechungen der Bundesregierung in den kommenden Jahren eher mit höheren finanziellen Belastungen und mit Einsparungen bei den Leistungen rechnen.

Zwei Beispiele:

- Die Stadt Essen fordert 2026 wohl als erste Kommune eine Beteiligung der Patienten an den Kosten für Rettungsfahrten, weil die Erstattungen der Krankenkassen die Kosten des Rettungsdienstes nicht mehr in voller Höhe übernehmen bzw. decken. Wann wird wohl die nächste Kommune diesem Beispiel folgen?
- Andreas Gassen, Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, forderte in der vergangenen Woche von der Politik, dem Gesundheitssystem neue Einnahmequellen zu erschließen. Er könne sich vorstellen, eine modernisierte Praxisgebühr zu erheben und Leistungen ohne erwiesenen Nutzen aus dem Leistungskatalog der GKV zu streichen.

Beides geht nach Ansicht der DAK-VRV ausschließlich zu Lasten der Versicherten der GKV. Sinnvoll dagegen erscheint der Gedanke von Gassen, Steuern für gesundheitsschädliche Genussmittel wie Tabak und Alkohol zu erhöhen und diese Mehreinnahmen zweckgebunden ins Gesundheitswesen zu steuern und nicht wie bisher im Bundeshaushalt versickern zu lassen. Instrumente zur Steuerung des Versichertenverhaltens, die das Verantwortungs- und Kostenbewusstsein im Umgang mit der Leistungsanspruchnahme fördern und damit zur Ausgabenreduzierung in der GKV beitragen, sind ebenso wie Lösungsansätze zur Kosten-

reduzierung in den anderen großen Ausgabenblöcken der Kranken-kassen auch nicht ansatzweise in politischen Konzepten erkennbar.

Wir werden uns in diesem Kreis im nächsten Jahr mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Veränderungen befassen müssen und diese dort, wo sie sinnvoll erscheinen und das System der GKV voranbringen, unterstützen. Aber dort, wo Veränderungen die Versicherten der GKV an ihre Grenzen bringen, unseren ganzen Einfluss dagegen geltend machen.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören und wünsche uns allen schöne und friedvolle Weihnachtstage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und für 2026 alles Gute.“